



Inhalt

Deutsches Studentenwerk befürchtet soziale Selektion	1
Studentenportal in der Krise	2
Ausgaben für Forschung und Entwicklung gesteigert	3
StudiVZ und Datenschutz	5
Eurobiz Party	5
Glossar	6
Radio für Radikale	7
Gründung einer Initiative für behinderte und chronisch Kranke	7
EU fördert lebenslanges Lernen	7
Aktion Jean Monet	8
Stellenausschreibung	8

Deutsches Studentenwerk

befürchtet weitere soziale Selektion

(Id) In Deutschland gibt es 61 Studentenwerke. Sie sind in den 1920er Jahren als studentische Selbsthilfeinitiativen entstanden; heute sind die Studentenwerke moderne Dienstleistungsunternehmen mit mehr als 15.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von über 1,1 Milliarden Euro. Als von den Hochschulen unabhängige Anstalten des öffentlichen Rechts haben die Studentenwerke den gesetzlichen sozialen Auftrag, die rund zwei Millionen Studierenden wirtschaftlich, sozial, gesundheitlich und kulturell zu fördern.

Das bedeutet: Die 61 Studentenwerke betreiben über 700 Mensen und Cafeterien mit 200.000 Plätzen und 85 Millionen Essen im Jahr, bieten den Studierenden

180.000 Wohnheimplätze, schütten im Auftrag von Bund und Ländern über 1,5 Milliarden Euro BAföG aus, bieten Sozialberatung, psychologische Beratung sowie Beratung für Studierende mit Behinderung oder chronischer Krankheit.

„Des Weiteren beraten wir die Studierenden in allen Fragen der Studienfinanzierung, wozu viele Studentenwerke neue Beratungsstellen geschaffen haben. Außerdem bieten wir 5.700 Plätze in ihren 170 Kinderbetreuungseinrichtungen, und wir fördern die studentische Kultur, entweder mit Räumen, Equipment und Technik oder auch mit Kulturbüros und einem kulturellen Kursprogramm,“ beschreibt Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deut-

schon Studentenwerkes (DSW). Die Leistungen der Studentenwerke, die an über 190 Hochschulstandorten und weit über 300 Hochschulen arbeiten, bilden das soziale Rückgrat im deutschen Hochschulsystem. Mit anderen Worten: „Wir sorgen dafür, dass die Studierenden auch wirklich den Rücken frei haben für ihr Studium“, so Meyer auf der Heyde.

Das Deutsche Studentenwerk, kurz DSW, ist der Dachverband der 61 Studentenwerke in Deutschland. Sie vertreten die Interessen der Studentenwerke gegenüber der Politik auf Bundes- und Länderebene; darüber hinaus nimmt das Deutsche Studentenwerk aber auch sozialpolitische Interessen der Studierenden wahr.

Fortsetzung auf Seite 2



(Id) StudiVZ ist derzeit wohl die größte Studenten-Community.

Über eine Million Mitglieder zählt das Internetportal seit seiner Gründung im Jahre 2005. Auch Studierende aus Polen, Frankreich und Italien sind „immatrikuliert“.

Beobachter glauben an einen Börsengang, an einen Unternehmenswert im hohen zweistelligen Millionenbereich.

Aber in den letzten Wochen ist der Ruf heftig geschädigt worden.

Die Szene der Online-Au-

toren, „Blogger“ genannt, erhebt schwere Vorwürfe: sie hat StudiVZ in den vergangenen Wochen mit Sexismus, Nationalsozialismus und Sicherheitsproblemen in Verbindung gebracht. Der Berliner Datenschutzbeauftragte ermittelt wegen Problemen im Umgang mit sensiblen Nutzerdaten. So

sollen beispielsweise private Fotos der User öffentlich sichtbar sein. Manfred Friedrich, Datenschutzbeauftragter von StudiVZ und mitverantwortlich für Betrieb und Software Entwicklung, entgegnet jedoch, diese Vorwürfe wären halt-

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

Die Studentenwerke sind gemeinnützig und nicht profitorientiert:

Meyer auf der Heyde: „Wir setzen wir sie zur Quersubventionierung anderer Angebote ein, die nicht profitabel sind oder sein können. Beispielsweise die vielen kleinen Mensen oder Cafeterien an kleinen Hochschulstandorten oder die breiten, kostenlosen Beratungsangebote für Studierende. Das alles können wir nur bieten, weil wir eben nicht auf Profitmaximierung ausgerichtet sind. Was nicht heißt, dass die Studentenwerke nicht wirtschaftlich und effizient arbeiten, im Gegenteil: Wenn Sie sich mal die Zusammensetzung unserer gesamten Einnahmen von 1,174 Milliarden Euro im Jahr 2005 ansehen. Rund zwei Drittel dieser Einnahmen (764 Mio. Euro bzw. 65%) erwirtschaften die Studentenwerke selbst, vor allem über Miteinnahmen in ihren Wohnanlagen und Umsatzerlöse in ihren Mensen und Cafeterien.“

Rund 13% der Einnahmen (156 Mio. Euro) machen die Semesterbeiträge der Studierenden aus; sie liegen im Bundesdurchschnitt aktuell bei rund 46 Euro im Semester. Die Zuschüsse der Bundesländer an die Studentenwerke sind seit Jahren rückläufig; 2005 betragen sie insgesamt noch 151 Millionen Euro bzw. 13% der Einnahmen. Die vierte größere Einnahmenquelle für die Studentenwerke ist die sogenannte Aufwandserstattung für das BAföG. Sie betrug 2005 74 Millionen Euro (6% der Einnahmen). Man kann also sagen: Bei

den Studentenwerken geht die soziale Verantwortung für die Studierenden Hand in Hand mit wirtschaftlicher Professionalität.

den 18. Sozialerhebung an per Zufallsgenerator ausgewählte Studierende, und im Sommer nächsten Jahres werden die Ergebnisse präsentieren.



Deutsches Studentenwerk



Studentenwerke in Deutschland

Die Studentenwerke gehen auf studentische Selbsthilfeeinitiativen zurück. Deshalb sind auch in den Gremien Studierende an Entscheidungen beteiligt. Im Vorstand sind drei Studierende vertreten, auch der Vizepräsident ist Studierende.

In diesen Sommer verschickte das DSW 75.000 Fragebögen für die inzwi-

Durch solche Umfragen will das DSW die soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden erkennen.

27% der Studierenden haben im Monat weniger als 600 Euro im Monat (zum Vergleich: Der BAföG-Höchstsatz beträgt 585 Euro), 14% der Studierenden wiederum haben mehr als 1.000 Euro im Monat; der Durchschnittswert bun-

desweit liegt bei 767 Euro monatliche Einnahmen.

Achim Meyer auf der Heyde ist aber der Meinung, dass Studierende durch die Studiengebühren stärker unter Druck geraten: „1,4 Millionen der zwei Millionen Studierenden müssen Studiengebühren bezahlen – das trifft Studierende, die nur 600 Euro im Monat haben, viel stärker als jene, die über mehr Einnahmen verfügen.“

In diesem Jahr hat das DSW auf fünf Anhörungen in Länderparlamenten seine kritische Sicht auf Studiengebühren vorgetragen.

„Studiengebühren sind aus unserer Sicht Gift für die Chancengleichheit im deutschen Hochschulsystem. Sie können insbesondere auf junge Menschen aus einkommensschwächeren und Mittelstands-Familien abschreckend wirken. Gerade diese Schichten sind aber an unseren Hochschulen bereits jetzt deutlich unterrepräsentiert. 81 von 100 Kindern aus einkommensstarken Haushalten schaffen den Sprung an die Hochschule, aber nur elf Kinder aus einkommensschwächeren Familien. Wir befürchten: Die soziale Ungleichheit, die in der Schule ihren Ausgang nimmt, wird durch Studiengebühren ins Hochschulsystem fortgesetzt“, erläutert Meyer auf der Heyde.

Auch ökonomisch seien sie widersinnig. Sie erschweren den Zugang zu höherer Bildung; das ist das Gegenteil dessen, was Deutschland bräuchte. „Um unsere Innovationskraft zu stärken und einem Fachkräftemangel in der Wirtschaft entgegen zu

wirken, müssen wir mehr junge Menschen gerade aus bildungsfernen Schichten für ein Hochschulstudium mobilisieren. Das schafft man nicht mit Studiengebühren.“

Ob Studiengebühren tatsächlich sozialverträglich eingeführt werden, hält der Generalsekretär des Studentenwerks für fraglich: „Jene Bundesländer, die Studiengebühren einführen, bieten den Studierenden Darlehen der jeweiligen Landesbanken an; diese Kredite müssen erst nach dem Studium zurückgezahlt werden. Dies sei, so wird argumentiert, sozialverträglich. Dieses Argument überzeugt mich nicht. Am Ende stehen wenig finanzkräftige Studierende mit Schulden da. Wer die Studiengebühren leichter bezahlen kann, ist schuldenfrei. Das ist nicht sozialverträglich. In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel gilt eine Kappungsgrenze von 10.000 Euro für BAföG-Darlehensanteil plus Studiengebühren-Darlehen als sozialverträglich, in Hamburg sollen es 17.000 Euro sein. Das zeigt die Dehnbarkeit und Fragwürdigkeit des Begriffs.“

Durch die momentan laufenden Hochschulreformen befürchtet das DSW eine stärkere soziale Selektion.

Ein an Exzellenz und Wettbewerb orientiertes Hochschulsystem müsse sozial durchlässig sein für all jene jungen Menschen, die nicht aus einer finanz- und bildungsstarken Familie stammen, „Autonomie und Wettbewerb stoßen dort an ihre Grenzen, wo die Chancengleichheit gefährdet ist. In Deutschland zu studie-

ren, das darf künftig nicht heißen ‚Geschlossene Gesellschaft‘ und was der Titel ‚Elite-Uni‘ für die Studierenden ganz konkret bedeute, würde sich erst zeigen: „im schlimmsten Fall nutzen die Elite-Unis den Titel, um von ihren Studierenden noch mehr Studiengebühren zu verlangen“, befürchtet Meyer auf der Heyde.

Der Hochschulpakt zwischen Bund und Ländern schafft neue Studienplätze. Das sehen die deutschen Studentenwerke durchaus positiv, ebenso, dass dadurch „frisches Geld in die Forschung fließt“.

Dennoch dürfe die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur, also die Studentenwerke, nicht in Vergessenheit geraten.

„Die Studentenwerke bauen angesichts von Studiengebühren und Studienkrediten ihre Beratungsstellen für Studienfinanzierung aus, weil das Beratungs- und Informationsbedürfnis der Studierenden enorm ist. Hier müssen die Studentenwerke dringend von den Bundesländern stärker unterstützt werden. Und auch für unsere Wohnheime und Mensen haben wir einen dringenden Investitionsbedarf.“

Das abschließende Fazit des Generalsekretärs des DSW:

„Dieses Land wird beweisen müssen, was ihm seine Studierenden eigentlich wert sind. Wir schaffen weniger soziale Selektion und mehr Chancengleichheit aber grundsätzlich nur mit zusätzlichen, massiven Investitionen.“

Regierung hat Ausgaben für Forschung und Entwicklung 2006 um 7 Prozent gesteigert

(ld) Das Bundeskabinett hat am 6.12.2006 den von Bundesforschungsministerin Annette Schavan vorgelegten Bundesbericht Forschung 2006 verabschiedet. Mit dem Bundesforschungsbericht steht nun eine umfassende und aktuelle Übersicht zu Stand und Entwicklung der Forschung in Deutschland zur Verfügung.

Die Bundesregierung hat im Jahr 2006 ihre Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE-Ausgaben) gegenüber 2005 um 609 Millionen Euro oder 6,8 Prozent auf 9,6 Milliarden Euro gesteigert. Bis 2010 sollen die FuE-Ausgaben des Staates und der Wirtschaft 3 Prozent des Inlandsproduktes erreichen. Dafür plant die Bundesregierung eine Erhöhung ihrer FuE-Ausgaben bis 2009 um 6 Milliarden Euro. Einen stärkeren Anstieg hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Jetzt sieht sie die Länder und die Wirtschaft gefor-

dert. Heute liegt Deutschland mit einem FuE-Anteil von 2,5 Prozent international noch auf Platz 9 - hinter OECD Mitgliedsstaaten wie den USA und Japan, aber beispielsweise vor China. In der Europäischen Union steht Deutschland auf dem dritten Platz hinter Schweden und Finnland.

Der Bundesbericht Forschung, den es bereits seit 1965 gibt, wird in diesem Jahr zum letzten Mal erscheinen. Zukünftig wird eine international besetzte, unabhängige Expertenkommission „Forschung und Innovation“ die Bundesregierung kontinuierlich wissenschaftlich beraten und von 2008 an alle zwei Jahre Gutachten zu Forschung und Innovation vorlegen. Die Bundesregierung wird ergänzend einen Bundesbericht herausgeben, der umfassend über die Forschungs- und Innovationspolitik der Bundesregierung, der Länder und der EU informiert.

Finanziell schwache Studenten haben in den USA kaum noch Chance

(ld) Im US-Hochschulsystem wächst die Ungleichheit: sogar an staatlichen Universitäten haben es Angehörige von Minderheiten und Kinder von armen Eltern immer schwerer.

Im Rahmen der Studie „Education Trust“ wurden die Zulassungssysteme und Sti-

pendienprogramme von 50 renommierten Hochschulen getestet.

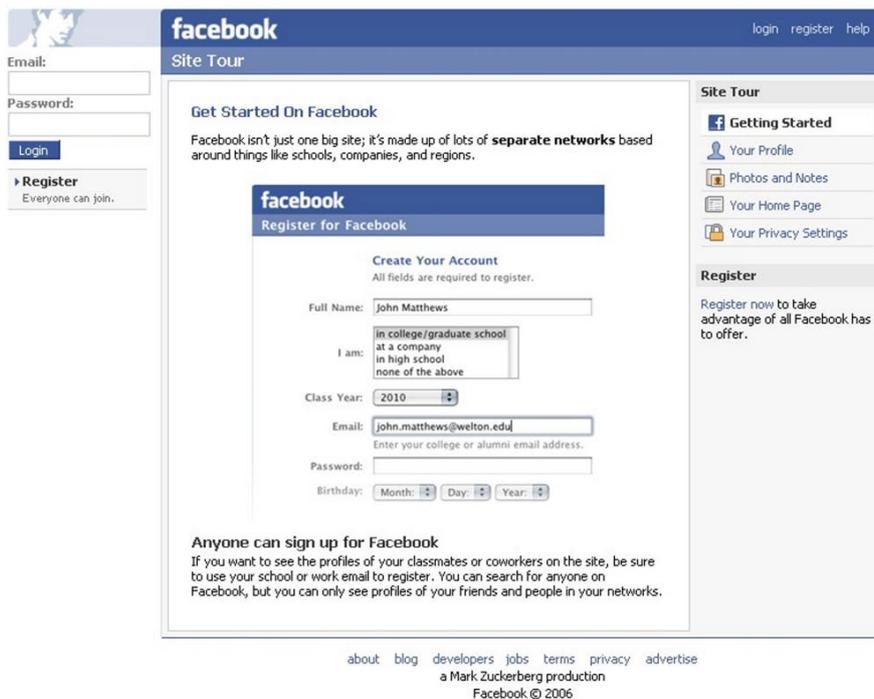
Zwischen 1995 und 2003 sind die Finanzhilfen für Studenten armer Familien um 13 Prozent gesunken, zu gleich stiegen die Hilfgelder für wohlhabende Familien um 406 Prozent.

Fortsetzung von Seite 1 los: „Bilder können nur dann eingesehen werden, wenn man die URL mitsamt dem darin enthaltenen Code genau und präzise kennt. Den Code kann man wie ein Passwort zum Online Banking verstehen. Gebe ich dieses Passwort an einen Freund weiter, kann er Geld abheben. Gebe ich den Code weiter, kann man die Bilder ansehen.“

Besonders brisant ist auch, dass sich rund 700 männliche StudiVZ – User zu einer Gruppe zusammengeschlossen haben, dessen Beschreibung „ geile Schnitten“ eher verharmlosend klingt: jeden Monat wählten sie ein weibliches Mitglied der Community aus, welches dann von der ganzen Gruppe belästigt wurde. Die Verantwortlichen bei StudiVZ hielten ein einschreiten für nicht nötig – im Gegenteil „es ist alles völlig okay“.

Die Studentenvertretung der Berliner Humboldt-Uni hat den Studierenden gar geraten, sich bei StudiVZ abzumelden.

Ende Oktober begaben sich immer mehr Online-Autoren auf Spurensuche. Sie wurden mehrfach fündig. So hatte sich der StudiVZ-Gründer, Darianis, die Adresse „Voelkischer-Beobachter.de“ reservieren lassen. Auf der Seite prangte eine Einladung zu Darianis Geburtstagsparty Mitte Juli. Darüber stand, im Layout des Nazi-Organs geschrieben: „Europa steht standhaft und treu zum StudiVZ“



about blog developers jobs terms privacy advertise
a Mark Zuckerberg production
Facebook © 2006

www.facebook.com

Das „Original“ – Ähnlichkeiten sind unverkennbar

Des Weiteren tauchten bei einem online Videoportal mehrere von Dariani gedrehte Filme auf, in denen er fremde Frauen in der U-Bahn filmt. Die Blogger-Szene sieht darin eine Belästigung der Frauen.

StudiVZ firmiert teilweise unter denselben Anschriften wie eine Partnerbörse, die vom selben Unternehmen wie das StudiVZ finanziert wird.



Viele Online-Autoren vermuten, dass es deswegen zu einer Datenweitergabe kom-

men könnte. Das bestreitet das Studentennetzwerk.

Jedoch kann es nicht alle Vorwürfe entkräften: Blogger und der Nachrichtendienst „Heise.de“ belegen, wie einfach geschützte Daten der Nutzer eingesehen werden können. Immerhin hat sich das Unternehmen rechtlich abgesichert: In den Geschäftsbedingungen schließt es eine Haftung für Datenklau aus. Es heißt sogar: „StudiVZ behält sich vor, diese Datenschutzbestimmungen jederzeit zu ändern, wenn Änderungen im Hinblick auf neue von StudiVZ bereitgestellte Dienste erforderlich werden.“

Mittlerweile kümmert sich ein eigens abgestellter Mitarbeiter um den Datenschutz.

Die Homepage war nun in den letzten Wochen einige Tage offline. In dieser Zeit sind die Mitarbeiter inten-

siv auf Spurensuche bezüglich der Sicherheitslücken gegangen.

Allerdings boten sie auch allen sonstigen Interessierten, die Möglichkeit, Fehler aufzudecken:

Es wurde ein sogenanntes „Testsystem“ installiert und mit beispielhaften Community – Daten gefüllt. Aufgedeckt werden sollten von den freiwilligen Suchern jedoch nur bestimmte, XSS- und CSRF, Lücken, profundener gab es dann 256 Euro Prämie.

Obwohl in das Testsystem keine vertraulichen Daten eingestellt werden sollten, durften keine fremden Daten ausgelesen oder verändert werden. Demnach konnten die Lückensucher ihre Funde also nicht überprüfen.

Mittlerweile ist StudiVZ.net wieder online.

„Uns haben zahlreiche Zuschriften erreicht, einige mit Hinweisen auf potenzielle Sicherheitsrisiken, einige mit weiteren hilfreichen Anmerkungen. Wir haben in den letzten Tagen diese Hinweise umgesetzt und Verbesserungen vorgenommen. Wir haben auch viel Zeit darauf verwendet, Möglichkeiten zu bekämpfen, mit denen die Nutzer und Nutzerinnen von StudiVZ auf böartige Links gelockt werden können. Es wurden zusätzliche Sicherheitssysteme installiert und die Serversysteme optimiert“, so Manfred Friedrich von StudiVZ.

StudiVZ und Datenschutz - ein Kommentar

(ch) Die jüngsten Irritationen im Zusammenhang mit dem Studiverzeichnis sollten Anlass sein, einmal über die Risiken von „Social-Networking-Sites“ im Allgemeinen nachzudenken.

Natürlich liegen schwere Versäumnisse der Betreiber vor, wenn als privat eingestellte Inhalte für jedermann sichtbar sind. Andererseits dürfte angesichts der regelmäßig auftauchenden Sicherheitslücken und Betrugsmaschinen im Internet offensichtlich sein, dass der einzig wirklich sichere Schutz für private Daten darin besteht, sparsam mit ihnen umzugehen.

Auch wer glaubt, nichts zu verbergen zu haben, sollte bedenken, dass der Schritt, Informationen ins Netz zu

stellen, oft unumkehrbar ist. Den Originaleintrag mag man noch in vielen Fällen löschen können, aber leichter als man denkt bleiben Kopien zurück. Sei es aus technischen Gründen, sei es aus der Interessenslage bestimmter Unternehmen oder Einzelpersonen, ist der Geist in diesem Sinne aus der Flasche gibt es keine zuverlässige Möglichkeit, ihn wieder einzufangen.

Für Adresshändler, die automatisiert alles einsammeln, was an personenbezogenen Daten verfügbar ist, sind Social-Networking-Sites natürlich das Paradies. Und wer kann schon wissen, ob er nicht in einigen Jahrzehnten eine Krankenversicherung abschließen möchte und die sich erstmal den Eintrag „Lieblingessen – Stand 2006“ aus dem XY-

Profil kaufen bevor die Beitragshöhe festgelegt wird. Das Gleiche gilt natürlich für viele andere Versicherungen, potentielle Arbeitgeber etc.

Letztlich ist noch völlig unklar, was in Zukunft durch das Zusammenführen vieler, für sich allein genommen harmloser, Informationsschnipsel möglich sein wird. Von gezielter Werbung über die Erstellung von Risikoprofilen für den Versicherungsmarkt bis hin zu Rasterfahndung auf der Grundlage statistischer Ähnlichkeit mit bestimmten Gruppen von Straftätern ist vieles denkbar. In wie weit der Gesetzgeber willens und in der Lage sein wird, das Persönlichkeitsrecht gegen solche Versuche zu schützen, ist kaum abzusehen. Die Geschichte hat jeden-

falls gezeigt, dass unter dem Eindruck einschneidender Ereignisse schnell mal das ein- oder andere Schutzrecht fallen kann.

Daher sollte die Entscheidung, bestimmte Dinge über die eigene Person im Internet zu veröffentlichen, gut durchdacht sein. Jeder muss selbst beurteilen, wie wichtig es ihm ist, sich möglichst ausführlich zu präsentieren und in wie weit er die Tragweite solcher Entscheidungen zu überblicken glaubt.

Schade nur für diejenigen, die dereinst vielleicht dadurch auffallen (und ggf. einer „Sonderbehandlung“ unterzogen werden), dass sie besonders wenig über sich selbst preisgeben.

Letzte Party des Jahres am 19.12.

Eurobiz läutet zum Winterbreak ein

(js/jk) Das solltet Ihr auf keinen Fall verpassen! Unter dem Motto „Winterbreak“ lädt Eurobiz e.V. auch dieses Wintersemester am 19.12. wieder zur Uni-Party ein. Gegen die Kälte setzen wir auf feurige Salsa/R'n'B-Rhythmen und einen Ox-DJ, der euch im Mensa-Foyer richtig einheizt. Für die Abkühlung zwischendurch gibt es neben den Standardgetränken unsere leckere Sangria nach Hausrezept für 1,50 Euro und Salitos für nur 2 Euro. Also kommt doch vorbei und feiert mit uns und Austauschstudenten aus aller Welt in den Winterbreak hinein. Karten gibt es im Mensa-

Foyer für 5 Euro. Für Kurzentschlossene, die erst am 19.12. um 21 Uhr dazukommen wollen, kostet der Spaß 6 Euro.

Wir – Eurobiz e.V. – sind eine studentische Gruppe mit etwa 50 Mitgliedern. Jedes Jahr betreuen wir die ca. 150 bis 200 Austauschstudierenden, die an die Universität Paderborn kommen und organisieren für sie ein buntes Programm mit vielen Ausflügen und Veranstaltungen. Wenn Ihr uns kennen lernen wollt, schaut doch einfach in unserem Büro, ME 0.205 oder dienstags beim Stammtisch im Pflaumenbaum vorbei.

Dienstag, 19. Dezember 2006
Mensafoyer und Treff | Einlass 21 Uhr
VVK: 5 Euro ★★ ★ **AK: 6 Euro**
Kein Einlass unter 18 Jahren. Den Anweisungen des Sicherheitspersonals ist Folge zu leisten. Keine Erstattung des Eintrittspreises bei Ausfall der Veranstaltung.

WINTERBREAK PARTY

- ❄ Jägermeistertheke
- ❄ Cocktailtheke
- ❄ Getränke 1,50 Euro,
- ❄ Salitos 2 Euro
- ❄ Garderobe
- ❄ Shuttlebus

DJ-Team und Support:
OX PALAIS
PREMIUM NIGHTLIFE

Illustration/Layout: Alex Schumacher
© 2006 | www.alexschumacher.de



Glossar

Einschreibung

Um ein Studium aufzunehmen, muss man sich für ein Studienfach in die Liste (Matrikel) der Hochschule einschreiben (immatrikulieren). Dies macht man (wenn nicht erst ein Auswahlverfahren nötig ist) zu bestimmten (von Fach zu Fach unterschiedlichen!) Terminen beim Studentensekretariat der gewünschten Hochschule.

Emeritierung

Professoren, die in Rente gehen, aber dennoch weiterhin Vorlesungen halten, werden mit dem Kürzel em. für emeritiert belegt. Sie halten diese Vorlesungen dann auf freiwilliger Basis, obwohl sie eigentlich schon die Vorzüge der Rente genießen und sich zur Ruhe setzen könnten.

Erstsemester (Ersti)



Student im ersten Semester. Viele Tipps für den Start des Studiums findet Ihr in unserem Studienführer.

ERASMUS

European Action Scheme for the Mobility of University Students

Programm der Europäischen Union (EU), das den internationalen Austausch der Studierenden fördern will. An vielen Hochschulen gibt es studentische Gruppen, die sich um die Betreuung der Gaststudierenden kümmern und natürlich auch über die Angebote der jeweiligen Hochschule Bescheid wissen, selbst ins Ausland zu gehen. Leider können nur Auslandsaufenthalte im Rahmen von bereits bestehenden Hochschulk Kooperationen statt finden. Eure Hochschule muss also bereits eine Partnerschaft mit der euch interessierenden Hochschule haben, sonst könnt ihr nicht im Rahmen von ERASMUS dort hin. Aber es gibt natürlich auch andere Möglichkeiten, die eben mehr Eigeninitiative erfordern. Infos z.B. beim DAAD.

ECTS

European Credit Transfer System

Mit solchen Punktesystemen wird europaweit versucht, Studienleistungen vergleichbar zu machen.

Zwar hat die Einführung eines solchen Systems durchaus einiges vorangebracht, allerdings kann man auch einiges daran kritisieren. So ist für ECTS-Noten z.B. vorgeschrieben, dass sie rein statistisch vergeben werden. D.h. die ersten 10% bekommen die beste Note, die nächsten 25% die zweitbeste usw. Somit sagen die Noten höchstens etwas zum relativen Stand verglichen

mit den TeilnehmerInnen der jeweiligen Prüfung aus.

EEF



Europäisches Bildungsforum

Parallel zu den offiziellen Bologna-Folgekonferenzen, bei denen sich die europäischen BildungsministerInnen treffen, findet seit 2003 ein offenes, alternatives Forum für alle Betroffenen statt, das EEF. Studierende, SchülerInnen, Lehrende und Interessierte kommen zusammen, um über die heutige europäische Bildungspolitik zu debattieren und Alternativen zu erarbeiten.

Nächster Termin: 20.-22.05.2005 in Bergen (Norwegen). Und danach geht es schon ans Planen des nächsten Forums. www.eef2005.org

ESG

Evangelische Studierenden-gemeinde

Wer dem Stress des Uni-Alltags entfliehen möchte, findet bei der ESG diese Möglichkeit bei „esg ambulant“ und den Kaffee- und Infostand am Dienstag Mittag im Mensafoyer.

Sie ist Anlaufstelle für alle Studierenden aus allen Ländern.

Montags findet der Gemeindeabend mit Andacht, Imbiss und verschiedenen

Programmpunkten statt und sonntags der Unigottdienst um 18 Uhr.

Weitere Infos unter www.esgpb.de

ESIB

The National Unions of Students in Europe

Europäischer Dachverband der Landes-Dachverbände der Studierendenvertretungen. Aus Deutschland ist der fzs Mitglied. Abkürzung kommt noch vom alten Namen “European Students Information Bureau”

Exmatrikulation

Lange Jahre nach der Einschreibung folgt die Exmatrikulation hoffentlich erst im Erfolgsfall eines abgeschlossenen Studiums. Dem Antrag auf Exmatrikulation sind das Studienbuch (sofern es sowas noch gibt) und die notwendigen Entlastungsvermerke der Hochschuleinrichtungen beizufügen. Damit gemeint sind Dinge wie die Bestätigung der Bibliothek, dass man keine Bücher mehr ausgeliehen hat (und seinen Bibliotheksausweis abgegeben hat). Auch Schlüssel oder Codekarten für Hochschulgebäude sind mit der Exmatrikulation zurückzugeben. Aber auch wer die Hochschule wechselt, es aufgibt oder sich weigert, die Semester/Studiengebühren zu zahlen exmatrikuliert sich bzw. wird (zwangs-)exmatrikuliert, d.h. gibt den Studierendenstatus auf.

Radio für Radikale

(eh/fw) „Herzlich Willkommen beim Radical Audio Cooking“, begrüßt Yvonne Götzl die Hörer der Diggin Pop Music Radio Show (kurz: DPM Radio Show). Es ist Donnerstag 18 Uhr und im H1-Flur brennt noch Licht. Wie jede Woche steht dort im Sendestudio ein Moderatorenpaar und führt durch eine Sendung, in der nur GEMA-freie Musikstücke aus dem Radical Audio Pool gespielt werden. Regionale Bands, die noch keinen Plattenvertrag haben, sollen die Möglichkeit bekommen, ihr Material mit wissenschaftlicher Hilfe zu veröffentlichen. Die Radioshow ist neben medienprak-

tischen Seminaren ein weiteres Element, welches das Zentrum für Informations- und Medientechnologien (IMT) und das Fach Musik nutzen, um den Bands zum Durchbruch zu verhelfen.

In der heutigen Sendung steht alles unter dem Motto „kochen und backen“. Yvonne und ihr Mitstreiter Markus Buße haben dazu eine passende Playlist mit Songs der Datenbank zusammengestellt. Titel wie „Schnitzel 8“ und „Butcher me“ stehen für Radikalität, Markenzeichen der Radioshow.

Zu Gast sind heute Bandmitglieder von „Moe's Kitchen“. Die drei Jungs haben

„da mal was vorbereitet“. Sie packen ihre Tupperdosen aus und schmieren Sandwiches, die der Produzent und Techniker der Sendung kosten darf. Bastis Urteil: „Schmeckt besser als es aussieht“. Davon können sich auch die Hörer zumindest teilweise selbst überzeugen, denn die Sendung wird auch per Webcam im Live-Stream übertragen. Das Publikum spart nicht mit „Senf“ und kommentiert die Vorgänge im „Kochstudio“ fleißig im Chat. Garniert wird die Stunde mit kurzweiligen Anekdoten aus dem Erfahrungsschatz der Mensa-Besucher, die in einer nicht repräsentativen Umfrage

gesammelt wurden. Angereichert mit Weisheiten und Lieblingsrezepten von Gästen und Moderatoren wird aus der Motto-Show ein Ohrenschmaus.

Zu hören ist die DPM-Radioshow immer donnerstags von 18 bis 19 Uhr.

AudioStream- und Webcam-Aktivierung, sowie weitere Infos unter: www.radicalaudiopool.de

Band-Bewerbungen bitte an: redaktion@radicalaudiopool.de

Gründung einer Initiative für behinderte und chronisch kranke Studierende

(jg/as) Die Interessenvertretung und die Beratung von behinderten und chronisch kranken Studierenden sind an unserer Uni leider viel zu wenig vertreten. Viele Studierende mit Behinderung oder chronischen Krankheiten wissen zum Teil nicht über ihre Rechte z.B. bezüglich der Befreiung von Studienbeiträgen, bescheid.

Wir möchten Euch von daher dazu ermuntern, Euch aktiv einzusetzen.

Denn Ihr wisst am besten, welche Missstände und Unzulänglichkeiten es an unserer Uni gibt. Ihr kennt die Probleme, mit denen sich behinderte und chronisch kranke Studierende Tag für Tag auseinandersetzen müssen.

Wir laden Euch deshalb herzlich zu einem der drei Treffen ein.

Auswahltermine sind:

15.01.2007
13:00 Uhr - 14:00 Uhr im Seminarraum H6.232

17.01.2007
17:00 Uhr - 19:00 Uhr im Seminarraum H6. 232

18.01.2007
16:00 Uhr - 18:00 Uhr im Seminarraum E2. 321

Eine unverbindliche Anmeldung ist erwünscht. Ansprechpartnerinnen sind die AStA Sozialreferentinnen Johanna Gatzka und Anna-Maria Skora. Zu erreichen per Telefon: 0 52 51 / 60 31 76 oder 0 52 51 / 60 31 74 oder per Mail:

sozial@asta.upb.de
Anträge zur Befreiung von Studienbeiträgen könnt Ihr Euch auf der Uni-Homepage unter dem Studierendensekretariat und Service Center downloaden.

EU fördert lebenslanges Lernen

(ld) Die Europäische Union möchte zukünftig deutlich mehr EU-Bürgern Auslandserfahrungen in Job und Ausbildung ermöglichen. Dafür soll das neue Bildungsprogramm „Lebenslanges Lernen“ sorgen, das im Januar nächsten Jahres in Kraft tritt und bis 2013 laufen soll.

Die bisherigen Programme werden dabei neu geordnet und vier Schwerpunkte durch ein Querschnittsprogramm gebündelt: Comenius (Schulbildung), Erasmus (Hochschulbildung), Grundtvig (Erwachsenenbildung) und Leonardo da Vinci (berufliche Aus- und Weiterbildung). Ziel ist unter anderem das Erlernen und Fördern von Sprache. Eine wichtige Rolle spielt auch die europäische Integration, die von Jean Monnet (1888-1979, gilt als Weg-

bereiter der europäischen Union - weitere Erläuterung Seite 8) unterstützt wird.

Klaus Fadle vom Bundesinstitut für Berufliche Bildung hält dieses System für „transparenter und bürgerfreundlicher“.

Bisher mussten Auslandsaufenthalte mindestens sechs Wochen dauern, nach dem neuen Programm sind nur noch drei Wochen vorgeschrieben.

40.000 Praxisplätze sollen bis 2013 entstehen, doppelt so viele, wie momentan.

Zukünftig werden die Stipendien pauschal ausbezahlt. Somit muss nicht mehr detailliert aufgelistet werden, welche Summe für Unterkunft, Versicherung etc. ausgegeben wurde.

Des Weiteren wird die Höhe der Stipendien um 93 Euro

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

auf 200 Euro monatlich steigen.

Allerdings wird die Europäische Union nur die Hälfte des ursprünglich geplanten Etats zur Verfügung stellen, nämlich 6,97 Milliarden Euro. Dennoch ist das Budget insgesamt um ein Drittel gestiegen.

Davon gehen rund 40 Pro-

zent an die Hochschulen, also 3,1 Prozent, die für das Erasmus-Projekt bestimmt sind.

Mit dieser Summe sollen sowohl die klassischen Austauschprogramme als auch Pilotprojekte gefördert werden.

Europaweit sollen nun rund drei Millionen Studierende ein Auslandsstudium auf-

nehmen können, zur Zeit sind es knapp die Hälfte.

Übrigens ist das Interesse an Deutschland nicht so groß: im letzten Jahr kamen nur 17.000 ausländische Studierende im Rahmen eines Erasmus Projektes hierher.

Aktion Jean Monnet



Die Aktion Jean Monnet wurde 1990 als Informationsmaßnahme der Europäischen Kommission eingeführt, um Hochschulen bei der Einführung neuer Lehrveranstaltungen im Bereich der „Europäischen

Integration“ durch Kofinanzierung zu unterstützen. Im diesem Rahmen gewährt die Gemeinschaft für eine Anlaufzeit von drei Jahren Zuschüsse für solche Einrichtungen. Die betreffenden Hochschulen verpflichten sich dagegen, die neuen Einrichtungen für mindestens sieben Jahre aufrecht zu erhalten.

Bezuschusste Maßnahmen

sind z. B: sog. Jean Monnet-Lehrstühle, symbolische Bezeichnung für Vollzeitlehrstellen, die ausschließlich der Thematik der Europäischen Integration gewidmet sind („Jean Monnet Chair of European Integration“).

Seit 1990 sind EU-weit 491 dieser Lehrstühle entstanden.

Stellenausschreibung

Mitarbeiter/in im Copy-Service

Im AStA-Copy-Service ist ab dem 15.01.2006 eine Stelle als Mitarbeiter/in im Copy-Service Mit 8 Stunden auf 400€-Basis neu zu besetzen.

Die Mitarbeit im Copy-Service umfasst - bei einer Arbeitszeit von einem vollen bzw. halben Tag pro Woche sowie wechselnden Wochenenddienst im Umfang von nicht mehr als einmal monatlich i.H.v. 8 Stunden - vor allem die allgemeine Betreuung des Maschinenparks (Papier- und Tonerersatz), Reinigung der Geräte, Anleitung der Studierenden im Umgang mit den Geräten, Bedienung der Binde-, Falz- und Lochmaschinen sowie das Angebot von Druckdiensten nach Kundenwunsch.

Interessierte Bewerber/innen – möglichst mit technischen Vorkenntnissen - richten ihre aussagekräftige Bewerbung bitte mit tabellarischem Lebenslauf und Lichtbild bis zum 23.12.2006 an an das AStA Hauptbüro (ME U 210).

**Techniker
Krankenkasse**
Gesund in die Zukunft.

ASTALUEGO
Die Woche

Impressum

Herausgeber

AStA der Universität
Paderborn
Referat für Presse
Warburger Straße 100
33098 Paderborn
0

Telefon
(05251) 60 - 3689
Fax
(05251) 60 - 3175
E-Mail
presse@asta.upb.de

Redaktion

Referat für Presse &
Öffentlichkeitsarbeit

Autoren

Linda Dommes (ld)
Johanna Gatza (jg)
Christian Hachmann (ch)
Mario Härtel (mh)
Anna-Maria Skora (as)
Frank Wollgast (fw)

Gastbeiträge

Elisabeth Holzapfel (eh)
Janine Schreiber (js)
Juliane Kluge (jk)

Layout

Mario Härtel

Druck

ASTACOPYSERVICE
der Universität Paderborn

V.i.S.d.P.

Mario Härtel
Linda Dommes
Frank Wollgast

300 Exemplare

Alle Rechte vorbehalten.
Die Verwertung von Beiträgen oder Abbildungen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung zulässig.